

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebitz. — Bankkonten Stadtbank — Stadtdirektion Nr. 12 — Sächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkonton: Dresden 88 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Nichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porchdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Sieke, Inh. Walter Sieke Verantwortlich: K. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaaltene 85 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Abkürzungen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 212

Bad Schandau, Sonnabend, den 10. September 1927

71. Jahrgang

Rede Dr. Stresemanns in Genf

Stresemann über Weltpolitik.

Ein neuer polnischer Vorstoß.

Die Einbringung der neu bearbeiteten polnischen Friedensresolution durch Deutschland, England, Frankreich und Polen, die schon ziemlich gesichert schien, ist durch einen neuen Vorstoß Polens zunächst hintertrieben worden. Die polnische Abordnung überreichte den verschiedenen beteiligten Delegationen einen Abänderungsantrag zu der Völkervereinigung, in dem die Polen die Einführung einer Empfehlung von Nichtangriffspakten wünschten, d. h., ein Zurückkommen auf den Grundgedanken des ursprünglichen polnischen Antrages. Die deutsche Abordnung hat nach längerer Prüfung diesen Abänderungsantrag abgelehnt.

Dabei war die Erwägung maßgebend, daß durch eine solche Fassung einer Völkervereinigung das Vertragswerk von Locarno eine Abschwächung erfahren müßte, das nach übereinstimmenden Erklärungen Briand's und Chamberlains in den vorausgegangenen Debatten über die Formulierung der geplanten Resolution gegenüber den Bedenken dahin charakterisiert wurde, daß das Werk selbst wie auch die deutsche Haltung jede wünschenswerte Garantie nach Osten wie nach Westen böten. Auch England soll diesem neuen polnischen Abänderungsantrag durchaus feindlich gegenüberstehen und es heißt, daß Polen angesichts dieses gemeinsamen Widerstandes der Großmächte seine neue Anregung zurückgezogen haben soll.

Falls keine Einigung zustande kommen sollte, will man alle vorliegenden und noch zu erwartenden Anträge zur Frage der Sicherheit und Abrüstung in üblicher Weise den Weg durch die Versammlungsausschüsse nehmen lassen.

Unter diesen nehmen die öffentlichen Sitzungen der Völkervereinigung ihren Fortgang, ohne daß sie in dessen in der Öffentlichkeit allzu großes Interesse erwecken. Der englische Delegierte Young glaubte, daß durch die Weltwirtschaftskonferenz ein Schritt vorwärts zum Hand-in-Hand-arbeiten der Völker getan worden sei. Besondere Beachtung fand in der Versammlung die Rede des 83-jährigen ungarischen Delegierten Grafen Apponyi, der erklärte, daß es den Völkern nicht gelänge, auf die Dauer einen Zwang auf das Schicksal einzelner Völker ausüben zu können.

Der belgische Außenminister Vandervelde trat aufs wärmste für eine tatsächliche Rüstungsbeschränkung ein und forderte unter dem Beifall hauptsächlich der kleineren Staaten die geschäftsordnungsmäßige Behandlung der vorliegenden und in Aussicht stehenden Anträge zur Sicherheits- und Abrüstungsfrage in dem Ausschusse. Der italienische Delegierte Cavazoni sprach über die sozialen Aufgaben des Völkerbundes. Er betonte die Bedeutung der Organisation der christlichen Gesellschaften in traditionellen Gedankengängen, empfahl eine soziale Organisation auf diesem Gebiet nach italienischem Muster, unterstrich den erzieherischen Wert der Jungmännerbewegung und forderte einen verstärkten Kampf gegen die Raubgier. Der zweite norwegische Delegierte, Lange, Generalsekretär der Interparlamentarischen Union, verweilte besonders bei dem Problem der Schiedsgerichtsbarkeit, dessen Entwicklung erhebliche Verbesserungen der politischen Lage und Fortschritte auf dem Gebiete der friedlichen Beilegung der Differenzen gezeitigt habe, und erklärte, er betrachte auch Teilergebnisse in der Richtung auf die Ziele des Genfer Protokolls in bezug auf Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung als wichtig und wertvoll. Er forderte die energische Fortsetzung der Vorarbeiten des Abrüstungsausschusses, die eine große erzieherische Wirkung auf die öffentliche Meinung aller Länder ausüben könnten, um eine Atmosphäre zu schaffen, die im gegebenen Augenblick das Zurückgreifen auf die Grundzüge des Genfer Protokolls mit Aussicht auf Erfolg gestatte.

Ministerbesprechung in Berlin.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers war am Freitag die in Berlin anwesenden Reichsminister versammelt, um die aus Genf eingelangten Berichte Dr. Stresemanns entgegen und zu den Ergebnissen der bisherigen Verhandlung der deutschen Abordnung mit Briand und Chamberlain über die polnische und die holländische Resolution Stellung zu nehmen. Im Reichskabinett ist die Haltung der deutschen Delegation in Genf durchaus gebilligt worden. Als wesentliches Ergebnis der Taktik Stresemanns sieht man es an, daß die Polen durch sie gezwungen worden seien, zu bekennen, daß es ihnen mit ihrem Antrage lediglich darum zu tun gewesen sei, Deutschland zu der

Konzeption eines Locarnopaktes zu nötigen. Deutschland habe durch die Bereitwilligkeit, den Antrag auf generelles Verbot eines Angriffskrieges mitzunterzeichnen, neuerlich den Beweis erbracht, daß es keine aggressiven Absichten hege. Deutschland könne und werde aber andererseits nicht auf die friedlichen Möglichkeiten verzichten, die sich aus dem Artikel 19 des Völkervereinigungstatuts für seine Grenzen im Osten ergeben.

Rede Dr. Stresemanns.

In der Freitagnachmittagssitzung der Völkervereinigung, die um 16 Uhr 40 Minuten vor einem Hause mit dichtgedrängten Tribünen begann, ergriff als erster Redner Reichsminister Dr. Stresemann das Wort. Er führte u. a. aus:

Aus der Debatte, die in diesen Tagen geführt worden ist, gingen drei Fragen hervor. Darunter verfolge ich einmal die Initiative, die der Völkervereinigung auch in der Frage der Weltwirtschaftskonferenz ergriff, und die beiden großen Fragen, die die Völkervereinigung beherrschen und die öffentliche Meinung der Welt auf das schärfste bewegen: die Frage der Sicherheit und die Frage der Abrüstung. Der Vertreter von Großbritannien, Sir Edward Hilton Young, hat mit vollem Recht hingewiesen auf die starke Bedeutung, die der Weltwirtschaftskonferenz und ihren Ergebnissen zukommen ist. Man sieht in der Öffentlichkeit großen internationalen Konferenzen vielfach skeptisch gegenüber. Diese Skepsis ist in bezug auf die Weltwirtschaftskonferenz sicherlich nicht angebracht. In die Initiative für diese große Idee teilten sich ein führender Staatsmann mit einer Persönlichkeit, die mit ihren großen humanitären Qualitäten auch die Erfahrungen des praktischen Wirtschaftslebens vereint. Und in der Tat reichen sich Politik und Wirtschaft in der Arbeit der Konferenz die Hand. Ich vermute persönlich die Ansicht, daß alle großen materiellen Fragen, so bedeutsam sie auch sein mögen, niemals die Gemüter der Menschen, die schließlich Völkerschicksale formen, so bewegen oder hinreißen können, wie die Frage der Politik.

Aber auch, wer auf diesem Standpunkt steht, wird anerkennen und zugestehen müssen, daß niemals die politischen Beziehungen der Völker durch die Wirtschaft mehr beeinflusst werden als in der Gegenwart, leider nicht nur im Sinne des Zusammenwirkens, sondern vielfach des Auseinanderplatzens großer Interessengegenstände.

Neben dem Gedanken des Krieges steht der Gedanke des Wirtschaftskrieges,

neben dem Gedanken des Kampfes der Gedanken des Wirtschaftskrieges. Er korrespondiert durchaus mit den Bestrebungen des Völkerverbundes die Idee, die Verständigung und die Zusammenarbeit auch auf diesen Gebieten zur Wahrheit werden zu lassen. Ich möchte in diesem Stadium der Verhandlungen nicht auf die Einzelheiten, die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz eingehen, aber ich darf in Übereinstimmung mit der Auffassung deutscher und, wie ich glaube, auch französischer Sachverständiger das eine sagen, daß das Zustandekommen des deutsch-französischen Handelsvertrages durch die Zusammenarbeit der Weltwirtschaftskonferenz und der von ihr ausgehenden Ideen wesentlich erleichtert worden ist. Seit über 50 Jahren hat ein Handelsvertrag zwischen beiden Ländern nicht bestanden.

Die Differenzierung der wirtschaftlichen Arbeit macht das Zustandekommen solcher Verträge, in denen um Tausende von Positionen gerungen wird, fast unmöglich, wenn die Unterhändler sich auf den Standpunkt stellen, daß sie Interesse gegen Interesse zu verteidigen haben. Lassen Sie uns hoffen, daß dieser Geist der Verständigung und der Zusammenarbeit auch in anderen Beziehungen helfen möge, um durch die Verbindung wirtschaftlicher Gemeinschaften der Verständigung der Völker selbst zu dienen. Lassen Sie uns die Arbeit, die hier begonnen ist, praktisch weiterführen und uns hoffen, daß die an sich schon unter den Wirkungen der großen Weltereignisse verarmten Staaten, die von ihren Bürgern weit größere Abgaben fordern müssen, als der Staat es je in früheren Zeiten tat, ihre Lage nicht als Vollwerke ansehen, die gegen jeden Einbruch anderer Staaten zu verteidigen sind, sondern, daß die den Außenministern vorgeworfene Art, auch auf die Interessen anderer Rücksicht zu nehmen, Ergebnisse des gegenseitigen Güterausstausches sein mögen.

Lassen Sie mich daher der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Weltwirtschaftskonferenz in der Welt verstanden sein möge nicht als die Zusammenballung dessen, was man so oft die kapitalistischen Interessen der Völker nennt. Wir werden nicht zu einer Befriedung im sozialen Leben der Völker gelangen, wenn sich nicht die Erkenntnis durchringt, daß

Kapitalismus und Arbeit

nur aedecken können, wenn es unter dem gemeinsamen Ge-

sichtspunkte vernünftiger Wirtschafts- und Produktionspolitik und gleichzeitiger vernünftiger sozialer Gesetzgebung geschieht. Das sind die Gedanken, die hinüberführen zu dem

Internationalen Arbeitsamt.

Der Weltkrieg war wohl das größte revolutionäre Ereignis, das Jahrhunderte gesehen haben. Er sah die höchste Ausprägung des kriegerischen Geistes, endete aber in einem großen Fragezeichen, mit dem die Gedanken der Menschheit nicht abschließen, sondern das sie vor neue Probleme stellt.

Aus diesem Gegensatz der Meinungen, diesem Wirrwirr der Welt, aus diesen ganzen wirtschaftlichen Umwälzungen, die das wirtschaftliche Verhältnis der Erdteile zueinander vielfach völlig umgekehrt hat, ragt eine Erkenntnis hervor, die von uns postiv gefaßt werden muß, wie immer auch

die Entwicklung der Völker und Staaten gehen mag.

Die Erkenntnis, daß der Krieg weder der Wegbereiter zu einer besseren Zukunft, noch überhaupt der Regulator der Entwicklung sein kann; die Erkenntnis, daß er nach allem menschlichen Ermessen nur neues Elend, neue Wirrnisse und schließlich die Anarchie schaffen würde.

Gewiß ist diese Auffassung nicht Gemeingut aller Menschen. Auch wenn man von der Einstellung eines Volkes spricht, kann man nicht für den letzten seiner Bewohner sprechen. In jedem Lande ringen die Anhänger der alten Ideen und Meinungen mit denen, die einen neuen Weg ins Freie suchen.

Innerhalb des deutschen Volkes kann über die Zustimmung zum Grundgedanken der Verständigung und des Friedens nicht ein Augenblick ein Zweifel sein. Von allen Mächten in dem alten Erdteil Europa am meisten der Sicherheit bedürftig, um ein wachsendes Volk auf enger gewordenem Boden zu erhalten, wünschen wir nicht nur Mittätige, sondern Vorkämpfer zu sein auf dem Wege derjenigen Bestrebungen zu dem allgemeinen Frieden, für die der Völkervereinigung sich einsetzt.

Nicht rauchende Reden, sondern Taten allein werden entscheiden über den Fortgang der Entwicklung. Aber ich glaube, daß Deutschland ein Recht hat, sich als mittätiges Volk in dieser Entwicklung zu fühlen. Die Locarnoverträge stehen nicht außerhalb, sondern innerhalb des Völkerverbundes. Es ist unverständlich, wenn manchmal Zweifel daran laut geworden sind, ob das in Locarno begründete Werk nur einige oder alle beteiligten Völker umfaßt.

Ich darf mich in dieser Beziehung nur den Erklärungen anschließen, die der französische und der englische Außenminister vor kurzem zum Ausdruck gebracht haben, daß es ihre weittragende Wirksamkeit im Westen und für den Osten hat, wie überhaupt diese Verträge die großen Grundgedanken des Völkerverbundes in besonderer Form zur praktischen Anwendung bringen. Wir sehen in diesem im Völkervereinigung wurzelnden Friedenssicherungen den unter den heutigen Realitäten gegebenen Weg, Bestehendes vor Krieg und Kampf zu schützen, aber auch die künftige naturgemäße Entwicklung der Verhältnisse zwischen den Völkern durch friedliche Mittel so zu gestalten, daß das Höchstmaß der Verständigung zwischen ihnen gewährleistet wird durch Befestigung dessen, was sie in dieser oder jener Frage gegenwärtig noch trennt.

Darüber, wie man die allen wünschenswerte Entwicklung weitertreibt, sind verschiedene Gedanken in der vorangegangenen Diskussion zum Ausdruck gekommen. Vor allem aber bedauere ich, daß in den Ausführungen des Vertreters Griechenlands ein geringeres Zutrauen zu der tragenden und fortsetzenden Gewalt einer etwaigen Manifestation des Völkerverbundes zum Ausdruck kam.

Abrüstung.

Es ist allgemein bekannt, daß für die diesjährige Tagung des Völkerverbundes der Gedanke einer Manifestation erörtert wird, der den Gedanken des Verzichtes auf Angriff und Gewalt zum Ausdruck bringen sollte. Ist es wirklich so, daß eine solche feierliche Erklärung, abgegeben von den hier vertretenen Nationen, nichts bedeuten würde gegenüber dem gegenwärtigen Stand der Dinge? Es mag sein, daß manchem der Weg vertragsmäßiger Bindungen wünschenswerter erscheint. Aber ich habe die Empfindung, daß der Glaube und daß die Idee ebenso bedeutend sein müssen, wie die juristische Formel.

Für eilige Leser.

* Im Reichstagsgebäude tagte gestern die beauftragte Vertretung des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe des Bayerischen Bauernbundes und des Deutschen Bauernbundes. Sie vollzog die endgültige Konstituierung.

* Wie aus Moskau gemeldet wird, sollen im Schwarzen Meer zwei russische Unterseeboote mit Mann und Maus gesunken sein. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt jedoch nicht vor.

* Infolge Niederlegung von französischen Truppen wird Bad Kreuznach im Rheinland demnächst befahrungsfrei.

* Die deutschen Flieger, die bereits Vorbereitungen für einen Ozeanflug getroffen hatten, haben beschlossen, in diesem Jahr von einer Überquerung des Ozeans Abstand zu nehmen.

* Beim Explodieren einer aufgefundenen Granate auf der Feldmark Troxel (Magdeburg) wurden 15 Schulkinder zum Teil schwer verletzt.